Auflage 35000 Exempl.

Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein & Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau d. „Invalidendank“. — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

25. Jahrgang.

Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postvorschuß. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Feiertage die Petitzeile 20 Pfge.

H. Warnack, Pragerstrasse 17, früher Geschäftsführer der Firma Th. Pfitzmann.

Magazin für Waffen-, Jagd-, Reise- u. Herren-Artikel.

Die königl. Hofapotheke in Dresden, am Georgenthor bringt bei Beginn der kühleren Jahreszeit ihren anerkannt vorzüglichen und fast geschmacklosen weissen **Dampf-Dorschleberthran** in empfehlende Erinnerung.

Residenz-Theater. Gastspiel des Fräulein Lina Bendel. Zum 1. Male: **Manöver-Leiden.** Posse mit Gesang in 5 Bildern von Braun und Hildebrand.

Paris. Kammer. Barthélemy erklärte, die Regierung wolle den Frieden. Die Flottendemonstration beweist den Charakter moralischer Kundgebung. Die Erhaltung des europäischen Concerts unter Theilnahme Frankreichs sei die beste Friedensgarantie. Europa forderte Griechenland auf, keinen Kampf zu beginnen. Die Politik der Regierung sei für den Frieden und Erhaltung des europäischen Concerts. Die Tagesordnung wurde angenommen. London. Der jüngste englische Antrag regt an, daß das einzelne Geschwader bestimmte, sich gegenseitig bekannt zu gebende Hafenplätze aufsuchen solle oder zuvor in bestimmten Richtungen zu kreuzen, so daß eine Art ideellen Zusammenhanges der europäischen Flotte bestehen bleibe. Rußland trat diesem Vorschlage bei.

Nr. 338. Witterung vom 2. Dezbr.: Barometer nach Otto Bölow, Wallstraße 19 (Abds 6 U.) 758 Mill., seit gestern 2 Mill. gefallen. Thermometer n. Reaum.: 6° W., niedr. Temp. 2° R., höchste Temp. 6° W. West-Wind. Bedeckt. | Aussichten für den 3. Dezember: Bewölkung wechselnd, ziemlich kühl, keine wesentlichen Niederschläge. | **Freitag, 3. December.**

Politisches.

Mit dem vielberufenen Steuererlaß in Preußen sieht es immer windiger aus. Vor Kurzem noch schien es, als würde das Abgeordnetenhaus nicht blos einmüthig die vorgeschlagenen 14 Millionen an den direkten Steuern erlassen, sondern auch dem Antrage der Fortschrittspartei entsprechend einen derartigen Erlaß für immer gesetzlich beschließen. Jetzt hat sich der Wind so gedreht, daß es scheint, als würde kein einziger Abgeordneter für den Steuererlaß, wenn auch nur für ein Jahr, zu stimmen wagen. Es kann nicht die Aufgabe einer nichtpreußischen Zeitung sein, alle diese Wandlungen im Einzelnen zu verfolgen. Den leitenden Faden in dieser Finanzwirren überhaupt nicht zu verlieren, erforderte unausgesetzt Aufmerksamkeit. Aber so viel sind auch alle nichtpreußischen Steuerzahler an dem preußischen Budget interessirt, daß sie es als überaus traurig bezeichnen müssen, daß man überhaupt von Finanzwirren sprechen kann. Die sonst so trefflich geordneten Finanzen Preußens machen offenbar eine schwierige Krisis durch, die auch uns nicht gleichgiltig ist, weil sie leicht auch die unsrigen in ihre Strudel ziehen kann. Es kann in einem Budget, das beinahe eine Milliarde beträgt, jetzt nicht einmal die Kleinigkeit von 50—60,000 Mark von Staatswegen aufgebracht werden, um die Pensionen der emeritirten Volksschullehrer auf 300 Mark im Minimum zu bringen. Bisher hieß es nun, die neuen indirekten Reichssteuern sollten zur Abminderung der direkten Landessteuern verwendet werden — Das haben die Finanzminister feierlich und wiederholt betheuert. Auf einmal erklärt ein Finanzkommissar im preußischen Abgeordnetenhause: im nächsten Reichstagsbudget würden die indirekten Steuern hauptsächlich zu Militärzwecken beansprucht. Er widersprach nicht der Behauptung, daß die Matrikularbeiträge im nächsten Jahre den Steuererlaß um 20, 25 ja noch mehr Millionen übersteigen würden. Das war ein so greller Blitz, daß er geradezu blendete. Es heißt sogar, Der Finanzminister Bitter habe sich durch diese Ankündigung unmöglich gemacht. Das wurde zwar bald widerrufen, aber trotzdem hat sich aller Abgeordneten eine höchst unbehagliche Stimmung bemächtigt. Besonders den Konservativen will es nicht in den Kopf, daß man jetzt 30 Millionen Mark neu borgen solle, um 14 Millionen Steuern zu erlassen. Und nun gar noch die Aussicht, daß von den vielen Millionen neuen indirekten Steuern in Zukunft gar Nichts zur Herabsetzung der alten direkten übrig bleiben soll? Das schlägt dem Fasse den Boden aus. Es ist begreiflich, daß der Finanzminister der Mittelstaaten, die sicher darauf gerechnet hatten, vom Reiche aus den neuen Steuern Mittel zum Erlasse z. B. der Zuschläge zur Einkommensteuer zu erhalten, sich eine starke Unruhe zu bemächtigen anfängt. Man spricht daher von einer neuen Zusammenkunft der Finanzminister. Die Herren wollen wissen, wie sie daran sind, wie die Steuerreform im Reiche verlaufen wird, damit sie in ihren Einzelstaatsbudgets ihre Maßregeln treffen können. Wir wünschen nur, daß die Finanz-Excellenzen aus ihrem Unmuth über die Finanzwirrnisse kein Hehl machen! Möge ihre Zusammenkunft glücklicher verlaufen, als die früheren in Heidelberg und Coburg! Ordnung und Klarheit sind die Säulen jeder Finanzwirthschaft.

A propos Coburg! Der Herzog Ernst von Coburg-Gotha hat vor einiger Zeit seinem langjährigen Staatsminister v. Seebach einen längeren Urlaub gewährt, den man allgemein als den Vorläufer seines definitiven Rücktrittes auffaßt. Nach dem freiwerdenden Posten scheint Herr v. Bennigsen geschielt zu haben; denn wenn auch der Herzog von Coburg 1866 seinem Minister Seebach halb im Scherze, halb wehmüthig gesagt hat: „Nun, lieber Seebach, sind wir nur noch preußischer Landrath!“ so bietet ein Ministerposten doch für einen Ehrgeizigen vom Schlage Bennigsen's manches Verlockende noch. Der Titel „Excellenz“ läßt selbst das Herz eines „Landesdirektors der Provinz Hannover“ schneller klopfen; der Ernestinische Hausorden gilt, namentlich als Großkreuz, als ein höchst geschmackvoller Toilettengegenstand und Mitglied des Bundesraths zu werden und damit „College Bismarck's“ — bei dieser Perspektive gleitet wohl auch über die düsteren Züge des verschlossenen Rudolph v. Bennigsen ein freundlicher Sonnenstrahl. Der Herzog von Koburg hat aber keine Neigung verspürt, es mit Bennigsen zu versuchen. Da die Ministertrauben auch in Koburg zu hoch hingen, wird es jetzt abgeleugnet, daß der Fuchs aus Hannover zu ihnen emporgeblinzelt habe. Mit derselben Glaubwürdigkeit wird auch abgeleugnet, daß Lasker der Verfasser eines Artikels in der „Times“ sei, welcher die deutsche Nation wie eine Rotte Schuhputzer heruntergemacht hat, weil sie sich die Unverschämtheiten gewisser Stammesgenossen Laskers nicht länger gefallen lassen will.

In Oesterreich kommen und gehen die Minister, es wechseln die Regierungssysteme, das Deficit im Staatshaushalte aber bleibt. Die früheren konservativen Ministerien konnten es nicht beseitigen, das letzte liberale mit den Börsenmatadoren verbundene Kabinet hat es gesteigert, vor der jetzigen konservativen Regierung richtet es sich in drohender Gestalt auf — in Oesterreich ist das Deficit wahrhaft konservativ. Zu seiner Beseitigung schlägt der Finanzminister Dunajewski hauptsächlich eine Börsensteuer vor, womit er natürlich den ganzen Zorn der haute finance herausgefordert hat; ferner eine Erhöhung des Petroleumzolles und eine Leuchtgassteuer. Trotzdem wird Oesterreich abermals um eine Anleihe nicht herumkommen können.

Rochefort beutet seinen Triumph vor Gericht gehörig aus. Die Begründung des gerichtlichen Erkenntnisses enthält eine schwere Verurtheilung des früheren Kriegsministers v. Cissey.

„In Erwägung daß die Verhandlungen des Prozesses Young zwei Briefe zu Tage gefördert haben, in welchen de Cissey das schwere Unrecht beging, sich in den Streit der Eheleute Young einzumischen und mit seiner Autorität als Minister auf seinen Untergebenen einen Druck zu üben, um diesen dahin zu bringen, daß er Ermächtigungen ertheilte, welche ihm mit seiner Würde als Gatte und Vater unvereinbar schienen u. s. w.“ Henri Rochefort übt denn auch seinen grausamen Witz an dem unglücklichen General. „Jeder Andere, als der ehemalige Chef des 11. Corps“, schreibt er im Intransigeant, „hätte sich durch dieses Urtheil ziemlich gedemüthigt gefühlt, da das Gericht zu ihm zu sagen scheint: „Was wünschen Sie? Banknoten? Hier haben Sie welche und nun lassen Sie uns aber auch in Ruhe!“ … Grausame Zuchtpolizeikammer, welche uns unter dem Vorwande, diesem großen Verleumdeten eine Genugthuung zu geben, zur Pflicht macht, in 10 Pariser Blättern ein Erkenntniß einzurücken, das mit dem liebenswürdigen Satze beginnt: „In Erwägung, daß der General de Cissey sich schwer gegen seine Pflichten vergangen hat u. s. w.“ Man stelle sich nur vor, wie dieser ehemalige Corpsbefehlshaber von einem Chef-Redacteur zum andern geht, um zu ihm zu sprechen: „Ich habe mich schwer gegen meine Pflichten vergangen. Haben Sie die große Güte, dies Ihren zahlreichen Lesern anzuzeigen. Der Intransigeant bezahlt es gerne“.

Das Gericht hat in der That in dem Streite zwischen der Armee und den Kommunarden sich auf die Seite der Letzteren gestellt und so plaidirt denn Rochefort dafür, daß man von der, wie man weiß, ultra-radikal gesinnten Stadtvertretung von Paris verlange, daß sie auf einem öffentlichen Platze den „Vertheidigern der Republik von 1871“, d. h. mit anderen Worten den erschossenen Männern des Kommuneaufstandes, Denjenigen, die die Tuilerien angezündet haben und die das Finanzministerium in Flammen aufgehen ließen, ein Denkmal errichte. Hätte man es glauben sollen vor einem halben Dutzend Jahre, daß in Paris, in dem Paris, in dem erst seit so kurzer Zeit die Spuren des Wüthens der Kommunards verwischt sind, eine Zeitung ernsthaft das Verlangen stellen würde, daß den Kommuneleuten ein Denkmal errichtet werde? Aber das Unwahrscheinliche wird hier Ereigniß. Nicht etwa, als ob wir glauben, daß das Denkmal in der That errichtet werden wird — im Gegentheil, wir sind überzeugt, daß die Herren Henri Rochefort und Ollivier Pain nur die Gelegenheit zu neuem Lärm und zu neuer Erregung der Leidenschaften suchen. Aber, daß das Verlangen überhaupt gestellt werden kann, ist schon charakteristisch genug. Es ist gar nicht unmöglich, daß der Gemeinderath bei der Art seiner Zusammensetzung einen Beschluß faßt, der der Rochefort'schen Idee günstig ist. Aber die Regierung würde die Ausführung eines solchen Beschlusses, selbst wenn er gefaßt würde, nie und nimmer dulden.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr.“ v. 2. Decbr.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus nahm gegen den Wunsch der Regierung die Resolution Rickerts an, in der die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Staatsbehörde bei Zuwendung von Inseraten nur die Zweckmäßigkeit der Verbreitung von Bekanntmachungen, nicht aber die Parteistellung als maßgebend betrachte. Dafür stimmten die gesammte Linke und das Centrum.

Berlin. Mit Bezug auf das angebliche Entlassungsgesuch des preußischen Finanzministers äußert sich die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg.“ sehr vorsichtig, wie folgt: „Wie jedoch von gewöhnlich wohlinformirter Seite versichert ward, ist von einem Rücktritt des Herrn Bitter nicht die Rede“. — Das Abgeordnetenhaus setzte die Budgetberathung fort. Beim Etat des Bureaus des Staatsministeriums erklärte sich die Fortschrittspartei wie früher gegen die Bewilligung des Dispositionsfonds für allgemeine politische Zwecke (93,000 Mark). Die Position wurde indessen bewilligt. Beim „Reichsanzeiger“ hatte man die unzuverlässige Berichterstattung über die Abgeordnetenhaus-Sitzungen auszusetzen. Bei der Lotterieverwaltung kam das verbreitete Spielen an fremden Lotterien zur Sprache. Fin.-Min. Bitter erklärte, die Regierung werde die Frage einer Vermehrung der Loose der preußischen Landeslotterie in Erwägung ziehen, wenn das Abgeordnetenhaus einen diesbezügl. Antrag stelle.

Berliner Börse. Auch heute war die Steigung nach Oben bemerkbar und es lag lediglich an der Geschäftsstille, daß bedeutende Erfolge nicht erzielt wurden. Trotzdem von Paris Geldknappheitsbefürchtungen avisirt waren, trotzdem man auch hier ein Steigen der Wechselcourse und größere Geldabgänge aus der Reichsbank befürchtete, ist doch eine wesentliche Geldvertheuerung hier noch keineswegs eingetreten, denn der Privatdiskont stellte sich auf $3\frac{1}{2}$—$3\frac{3}{4}$ Procent. Der Schluß war recht animirt, mit Ausnahme in Bahnen, die ruhig lagen. Creditactien 1, Franzosen 2 Mk. schlechter. Montanwerthe namentlich gegen Schluß belebt. Banken behalten ihre fortschreitende Bewegung bei. Sächsische, Dresdner, Leipziger Credit und Leipziger Disconto zogen sämmtlich etwas an, blieben aber schließlich angeboten. Von Industriewerthen sind seit einigen Tagen Drahtindustrien bevorzugt. Von sächs. Industrien besserten sich Stickmaschinen um 1 Proc., Schönherr, Wiede und Zimmermann; dagegen wichen Lauchhammer um $1\frac{1}{4}$, Gußstahl um 1 und Körner um $\frac{1}{4}$ Proc. Wechsel gesucht.

Lokales und Sächsisches.

— Se. Majestät der König hat seine Reise nach Berlin verschoben, da der Kaiser und auch die kgl. Prinzen die Hofjagd in der Kolbitz-Letzlinger Forst, an welcher Se. Majestät theilzunehmen gedachte, aufgegeben haben.

— JJ. MM. der König und die Königin besuchten gestern ¾4 Uhr die vom Dresdner Kunstgewerbeverein veranstaltete Weihnachtsmesse im alten Polytechnikum und verweilten daselbst bis 4 Uhr, mit sichtlichem Interesse die reiche Auswahl des Gebotenen betrachtend. Die Herren Hofrath Graff und Architekt Gurlitt hatten die Ehre, die höchsten Herrschaften führen zu dürfen.

— Der Fabrikant Carl Friedrich August Dürfeld in Chemnitz hat den Titel Kommerzienrath erhalten.

— Einen recht gehässigen und sicherlich höchst unzeitgemäßen Artikel hatten vor einiger Zeit die „Grenzboten“ gebracht, indem sie darauf zu reden kamen, daß es sich 1866 bei dem Friedensschluß zwischen Preußen und Sachsen um die Entthronung der sächsischen Regentenfamilie und die Einsetzung der großherzoglich weimarischen Linie auf den sächsischen Königsthron gehandelt habe. Angeblich hätte der damalige Graf Bismarck günstigere Bedingungen für Sachsen in Aussicht gestellt, wenn ein Wechsel der Dynastie eintrete. 1870 aber habe der damalige sächsische Premierminister v. Friesen, als es sich um die französische Kriegserklärung gehandelt, von dem König Johann den Auftrag gehabt, sich im Bundesrathe in erster Linie für Erhaltung des Friedens auszusprechen; sollte aber wider Verhoffen der Friede nicht erhalten bleiben, dann sei König Johann dafür, daß der Krieg mit Nachdruck geführt werde. Herr v. Friesen habe aber klugerweise den ersten Theil dieses Auftrags nicht ausgeführt, weil das hätte so ausgelegen, als suche Sachsen eine Art Rückendeckung gegen Frankreich; ein solcher Wunsch nach Erhaltung des Friedens wäre damals als eine Parteinahme für Frankreich angesehen worden. Immerhin aber habe dieser Wunsch des Königs Johann in Berlin so verstimmt, daß man das sächs. Heer beim Kriegsausbruch 1870 in „ehrenvoller Reservestellung“ zurückgehalten und erst dann ins Feuer geschickt habe, als die Hälfte der Arbeit bereits gethan“. König Johann aber habe, um jenen Eindruck zu verwischen, nach Sedan für den König von Preußen eine ganz besondere Königsdekoration gestiftet. Herr v. Friesen sei eben ein „kleiner Pfiffikus“ gewesen. — Gegen diese Darstellung wendet sich nun Herr v. Friesen im Dr. J., indem er glaubhaft nachweist, daß jene angebliche Instruktion des Königs Johann eine vollständige Erfindung ist. Mit Recht empört sich Hr. v. Friesen über die Verdächtigung des edlen Königs Johann durch den Grenzboten-Artikel. Es ist in der That nicht abzusehen, warum preußische offiziöse Blätter jetzt auf einmal auf die traurige Zeit von 1866 zurückkommen und Dinge ins Gedächtniß zurückrufen, die durch den edlen Wetteifer des Patriotismus von Sachsen und Preußen in den Jahren 1870 und 1871 wirklich nun abgethan sein sollten. Oder hätte die Veröffentlichung der Memoiren des Herrn v. Friesen, welche u. A. auch der Behandlung Sachsens durch Herrn v. Wurmb, den Dresdner Schanzenbau u. dgl., wenn auch sehr schonend erwähnt, aber doch eben auch erwähnen muß, so sehr verbittert? Eine solche Empfindlichkeit ist doch wohl kaum anzunehmen. Warum also das Aufrühren alter Geschichten?

— Oeffentliche Stadtverordneten-Sitzung. Der St.-V. Herr Baumeister Strunz ist in dem Wochenblatte „Schlips“ schwer beleidigt und verleumdet worden. In Antwort auf eine von Herrn Strunz dem Kollegium diesbezüglich vorgelegten Erklärung nimmt der Vorsitzende, Herr Hofrath Ackermann, Gelegenheit zu erklären, er sei davon überzeugt, daß in diesem Kollegium niemals Jemand an der vollständigen Ehrenhaftigkeit der Handlungen des Herrn Strunz gezweifelt haben werde, noch überhaupt zweifeln könne. Durch lauten Beifall ward die allgemeine Uebereinstimmung mit dieser Ansicht kund gegeben. — Längere Zeit wird bezüglich des Voranschlags für die Gasfabriken pro 1881 verhandelt und Genehmigung der eingestellten Beträge ausgesprochen; mehrfach ward im Verlauf der Debatte des vorzüglichen Zustandes der in sorgsamster, umsichtigster Weise geleiteten Fabriken gedacht und wiederholt betont, daß bei diesen Fabriken die Explosions- und Feuergefährlichkeit eine sehr geringe sei; Vorsichtsmaßregeln aller Art sind reichlich getroffen. — Dem Rathsbeschlusse: vom 1. Januar 1881 an interimistisch die Geisteskranken und Siechen im Krankenhause einem besonderen Abtheilungsarzte, der ein Jahresgehalt von 2000 Mk. bekommen soll, anzuvertrauen, wird beigetreten und ein Antrag des St.-V. Dr. Weinert auf Einrichtung einer besonderen Stube für Augenkranke und Anstellung eines Augenarztes wird dem Verwaltungs-Ausschuß zunächst überwiesen. — Eine lange Debatte entwickelte sich über den vom St.-V. Seyffarth gestellten Antrag auf Beibehaltung des Stürmens bei Feuersgefahr. Der Antragsteller führt aus, daß wenn nicht mehr gestürmt wird, die Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr von den Bränden auch keine Kenntniß erlangen, folglich auch nicht mit in Thätigkeit treten können, sie sei dann eben überflüssig und die neue Anordnung des Stadtrathes, daß vom nächsten Ersten ab auch selbst bei größeren Bränden nicht mehr gestürmt werden solle, sei gleichbedeutend mit der Auflösung der freiwilligen Feuerwehr, die 18 Jahre der Stadt in uneigennütziger Weise gedient und lange vor der Berufsfeuerwehr die Brände rasch und sicher gelöscht habe. Das Fortbestehen der freiwilligen Feuerwehr sei aber für die Gemeinde in jeder Hinsicht, namentlich auch hervorragend finanziell wichtig; er belegt mit Ziffern, daß 3 Mann der angestellten Berufsfeuerwehr gerade so viel kosten, wie 30 Mann freiwilliger Feuerwehr, und daß trotzdem die ersteren noch nicht einmal auskömmlich bezahlt seien (23 Thlr. pro Monat sind in der That für einen Familienvater eine sehr knappe Einnahme), daß, wenn die freiwillige Feuerwehr sich auflöse, alsbald der Bedarf für die Berufsfeuerwehr ganz bedeutend anwachsen werde, Vermehrung der Mannschaften, Gehaltsaufbesserungen ꝛc. seien unausbleiblich. Das Stürmen werde jederzeit eine zahlreiche Schaar wohlgeschulter Leute an den Ort der Gefahr rufen und daß in allen solchen Lagen der freiwillige Dienst der opferwilligere sei, als der, hinter dem der „Muß“ stehe, das sei wohl Jedem klar. Alles das ward von verschiedenen Rednern noch verschiedentlich ausgeführt; bezüglich der ängstlichen Aufregung, die das Stürmen in manchem Menschen erzeuge, bemerkte St.-V. Waldmann, daß solche „schwache“ Seelen sich ja sofort durch den Gedanken stärken könnten, daß eben dieses Stürmen eine Schaar wackerer Helfer sicher herbeirufe. Von den Vertheidigern des Rathsbeschlusses und dem mitanwesenden Herrn Stadtrath Teucher ward hauptsächlich betont, daß nicht im Entferntesten mit der neuen Anordnung eine für die Existenz der freiwilligen Feuerwehr bedrohliche Handlung vorgenommen werde, seine große Achtung vor der freiwilligen Feuerwehr dokumentire der Rath ja durch die bereitwilligste finanzielle Unterstützung derselben, wie durch die Ueberlassung einer Kommunwiese zu den Uebungen. Es werde sich trotz Wegfalls des Stürmens die Mitwirkung der wackeren Leute schon möglich machen und sie werde jederzeit mit Anerkennung und Dank angenommen werden. Sie sollten nur unter sich über ein regelmäßiges Mitbeziehen der Wachen sich einigen. Eine Hauptveranlassung zur Beseitigung des Stürmens liege auch in den vielfachen, von der kgl. Polizei-Direktion deshalb an den Rath gebrachten Anträgen. Das Stürmen rufe stets eine ungeheure Menschenmenge zusammen und die augenblicklich disponiblen Polizei-Organe seien oft kaum im Stande gewesen, die zur Sicherheit des bedrohten Eigenthums nothwendige Ordnung und Achtung vor der allgemeinen Wohlfahrt aufrecht zu erhalten. Schließlich — gegen 11 Uhr — machte sich das Kollegium mit 27 gegen 21 Stimmen dahin schlüssig, den Seyffarth'schen Antrag auf sich beruhen zu lassen, den Stadtrath aber zu ersuchen, „dafür Sorge zu tragen, daß die Mitwirkung der freiwilligen Feuerwehr bei der Bekämpfung von Feuersgefahren thunlichst gewahrt bleibe“.

— Sonntag den 19. d. Mts. wird der diesjährige Christmarkt eröffnet und am Freitag den 24. beendigt.

— In der städtischen Sparkasse wurden im verflossenen Monat in der Altstädter Expedition 250,709 Mk. in 4152 Posten eingelegt und 220,151 Mk. in 4044 Posten zurückgezahlt; in der Neustädter Expedition betrugen die Einlagen 92,339 Mk. in 1625 Posten, die Rückzahlungen 86,096 Mk. in 1537 Posten.

— Am 13. d. M. erfolgt im hiesigen Landhause öffentliche Auslosung von planmäßig am 30. Juni und 1. October nächsten Jahres zur Rückzahlung gelangenden Staatspapieren.

— Heute vor 8 Tagen ward in Köln a. Rh. auf dem Dom die vom hiesigen Glockengießer J. G. Große gegossene Dreikönigsglocke, die den Ton h hat, zur Prüfung mit den sämmtlichen anderen, einschließlich der Kaiserglocke, geläutet und für ganz gelungen befunden. Darnach ward die Glocke, die 3795 Kilogramm wiegt und 1,75 M. im Durchmesser und in der Höhe hält, formell übernommen.